

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

8.9.1928 (No. 210)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. H. Seyffels
Karlsruhe

Wegpreis: Monatlich 2,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Betreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche. Falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendweicher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Rheinlandkonferenz in Paris?

WLB. London, 8. Sept. (Tel.) Reuter berichtet aus Genf, dort herrsche allgemein die Ansicht, daß etwaige Rheinlandbesprechungen nicht endgültiger Art seien und nur zur Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für schließliche Verhandlungen führen werden, die wahrscheinlich in Paris stattfinden würden.

Weitere Besprechungen in Genf

Die zweite Unterredung zwischen Reichskanzler Müller und dem Minister des Auswärtigen, Briand, hat Freitagabend um 7 Uhr am Sitz der deutschen Delegation in Genf stattgefunden. Im Anschluß an die Unterhaltung sollen im Laufe der nächsten Tage zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der anderen Befugnisstaaten Besprechungen über das gleiche Thema stattfinden, welche die gemeinsamen Besprechungen vorbereiten sollen.

WLB. London, 8. Sept. (Tel.) Vertinag meldet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, in der gestrigen langen Besprechung, die zwischen Briand, Cusken, Sialoja und Hymans stattfand, sei die Lage erörtert worden, die durch das Ersuchen des Reichskanzlers um die Rheinlanddrängung entstanden ist. Die genannten Delegierten wünschten anscheinend alle, daß Verhandlungen mit der deutschen Delegation in der nahen Zukunft beginnen, seien jedoch entschlossen, weder privat noch in Anwesenheit des Reichskanzlers zusammenzukommen, solange der Kanzler nicht formell seine Anregungen und Vorschläge zu ihrer Kenntnis gebracht habe. Eine zuständige Autorität habe erklärt, der Kanzler solle von sich aus den Plan wieder aufnehmen, den Stresemann 1926 in Thoiry auseinandergesetzt habe.

WLB. Paris, 8. Sept. (Tel.) Wie der Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“ aus Genf berichtet, wird Lord Cusken am Sonntag dem in Wiesbaden weilenden englischen Premierminister Baldwin über die Frage der Rheinlanddrängung und die Unterredungen Briands mit Hermann Müller Bericht erstatten. Der Sonderberichterstatter des „Deubre“ will erfahren haben, daß Briand aus seiner Unterredung mit Cusken, Hymans und Sialoja den Eindruck gewonnen habe, daß niemand der Eröffnung von Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes Widerstand entgegenzusetzen werde, sondern daß im Gegenteil jeder davon überzeugt sei, daß alle interessierten Mächte sich beteiligen werden. Aber die vier Mächte seien der Ansicht, daß Deutschland durch entsprechende Angebote hierzu die Grundlage bieten müsse.

Reichsregierung — Rentenbankkreditanstalt

Mit Rücksicht auf irreführende Darstellungen in der Presse gibt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Erklärung aus, in der es u. a. heißt:
Als der Verwaltungsrat der Rentenbankkreditanstalt sich entschloß, zusammen mit der Preussischen Zentralgenossenschaftsaktion Aktien der Getreide-, Industrie- und Kommissions-A.-G. zu erwerben, handelte es sich dabei weder um die Entschliebung eines Organs der Reichsregierung, noch um die Verwendung von Reichsgeldern. Die deutsche Rentenbankkreditanstalt ist eine unter Verwaltung und Kontrolle der Vertreter der deutschen Landwirtschaft stehende öffentliche Anstalt, deren Aufgabe in der Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft besteht. Durch die anlässlich des landwirtschaftlichen Notprogramms verabschiedete Novelle vom 31. März 1928 ist diese Aufgabe dahin erweitert worden, daß auch die Beteiligung an öffentlichen Unternehmungen, deren Geschäftsbetrieb für die Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse von allgemeiner Bedeutung ist, zugelassen worden ist mit der Maßgabe, daß zu einer Beteiligung eine Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen des Verwaltungsrates erforderlich ist, und daß der Gesamtbetrag der Beteiligungen 5 Proz. des Kapitals der Rentenbankkreditanstalt nicht übersteigen darf.
Die Erklärung des Reichsministeriums weist zum Schluß darauf hin, daß die Reichsregierung bei der Rentenbankkreditanstalt durch zwei Kommissare vertreten ist, deren Aufgabe darin besteht, alle Maßnahmen zu treffen, die geboten sind, eine Schädigung des öffentlichen Interesses zu verhindern.

Sachsen und die Luftkassa. Die sächsische Regierung will ihren Beschluß, an die Luftkassa weitere Zahlungen nicht mehr zu leisten, fortbestehen lassen. Eine Wiederaufnahme dieser Zahlungen soll erst dann in Frage kommen, wenn nach einer neuen Vereinbarung der sächsischen Wünschen Rechnung getragen wird.

Der Gewerkschaftskongress in Hamburg hat am Freitag seine Arbeiten beendet. Leipzig wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Der Fall Raphael. Die Staatsanwaltschaft in Landsberg a. d. Warthe hat gegen das Urteil des Amtsgerichts in Landsberg, wonach der zu einem Jahr Gefängnis verurteilte gewesene Oberleutnant a. D. Raphael durch die Amnestie als freigesprochen zu gelten hat, Beschwerde eingelegt.

Eröffnung einer Schiffahrtslinie Obingen—Südamerika. In dem polnischen Hafen Obingen bei Danzig findet heute die Eröffnung der polnisch-französischen Schiffahrtslinie Obingen—Le Havre—Südamerika statt. Der Dienst wird anfänglich von zwei Dampfern unter französischer Flagge durchgeführt werden.

Afrikareise des englischen Thronfolgers. Der Prinz von Wales und sein Bruder, der Herzog von Gloucester, haben am Donnerstag ihre Afrikareise angetreten.

Letzte Nachrichten

Zurückziehung des englisch-französischen Flottenabkommens?

WLB. London, 8. Sept. (Tel.) „Daily Herald“ meldet: Die Regierung hat beschlossen, das französisch-britische Flottenabkommen fallen zu lassen. Dies wird nach einer endgültigen Besprechung, die während des Wochendes zwischen Premierminister Baldwin und Lord Cusken stattfinden wird, mitgeteilt werden. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt dazu, die formelle Zurückziehung des Abkommens werde den erzeugten Argwohn nicht beseitigen, da allgemein angenommen werde, daß das Flottenabkommen nur ein Teil einer größeren Abmachung sei, die auf Wiederherstellung einer militärischen und diplomatischen Entente in der Art der Vorkriegsentente hinauslaufe.

Auch „Daily Telegraph“ nimmt an, daß das französisch-britische Flottenabkommen tot sei und rechnet nicht damit, daß es je vor die vorbereitende Abrüstungskommission komme. Der Hauptgrund für die Preisgabe des Abkommens sei die Erkenntnis der Feindseligkeit, die es in den Vereinigten Staaten und in Italien erzeugt habe. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes fragt, ob das britische Zugeständnis an Frankreich in der Frage der Referativen ebenso ungünstig werde, und bemerkt, Deutschland sei ebenso wie Frankreich an dieser Frage interessiert.

WLB. Paris, 8. Sept. (Tel.) Dem „Deubre“ wird aus Genf gemeldet: Frankreich sei nach Abschluß des französisch-britischen Kompromisses fest entschlossen, gegen jede Opposition die Einberufung des Abrüstungsausschusses für Anfang Dezember und die der Allgemeinen Abrüstungskonferenz für Mitte des kommenden Jahres zu fordern.

Der Buchdruckerkongress gegen die öffentliche Hand

WLB. Köln, 8. Sept. (Tel.) Der 2. Internationale Buchdruckerkongress faßte in seiner Schlußsitzung einstimmig eine Entschliebung, in der dagegen Stellung genommen wird, daß die Betätigung der Staats-, Gemeinde- und sonstigen behördlichen Betriebe der ganzen Welt einen Umfang angenommen habe, der die Entwicklung der freien Wirtschaft hemme und auf die Gesamtheit des Gewerbes einen außerordentlich schädigenden Einfluß ausübe. Die auf dem Kongress vertretenen Organisationen fordern von allen Staaten eine Einschränkung der behördlichen Druckerbetriebe und die Unterlassung von Neugründungen und Vergrößerungen. Außerdem verlangen sie, daß die Regierbetriebe nur vertrauliche Arbeiten ausführen dürfen, daß sie keinerlei nicht bezorugt werden dürfen und öffentlich Rechnung zu legen haben.

Stillelegung der Zeche „Rhein 1“ in Walsum

WLB. Dortmund, 8. Sept. (Tel.) Nach Mitteilung des ständigen Sachverständigenkommissars für Stillelegungsangelegenheiten, Oberbergamtsdirektor Weß, wird infolge der schlechten Absatzverhältnisse für Gasstammkohle die Zeche „Rhein 1“ in Walsum zum 1. Oktober stillgelegt. Die gesamte, rund 1500 Mann starke Belegschaft soll nach Möglichkeit nach den benachbarten Schachtanlagen „Friedrich Thyssen 2-5“, „Friedrich Thyssen 3-7“ und „Bederwerth“ verlegt werden.

Die Regierungskrise in Thüringen

Auf die Einladung des mit der Regierungsbildung betrauten demokratischen Abgeordneten Prof. Dr. Krüger zu Verhandlungen über die Regierungsbildung in Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei haben die Beauftragten der sozialdemokratischen Fraktionen erwidert, daß sie dieser Einladung nicht Folge leisten können, da die von der Wirtschaftspartei aufgestellten Mindestforderungen auch in Zukunft von der SPD abgelehnt werden müßten. Außerdem sei aus der Erklärung der Wirtschaftspartei zu entnehmen, daß die Wirtschaftspartei an der mit dem Landbunde im Jahre 1927 eingegangenen Bindung festzuhalten wünsche, zumindest aber nur im Einvernehmen mit dem Landbunde ihre sachliche Entscheidung fällen wolle.

137 Sozialdemokraten im preussischen Landtag

Bei der genauen Aufrechnung der am 20. Mai im Kreis Galau für den preussischen Landtag abgegebenen Stimmen hat sich dem „Vorwärts“ zufolge herausgestellt, daß etwa 15 000 Stimmen aus den Städten des Kreises verzeichnet nicht aufgerechnet sind. Davon entfallen 6880 Stimmen auf die Sozialdemokratie. Diese Stimmen reichen zu einem neuen selbständigen Mandat im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. nicht aus, sie werden deshalb auf der Landesliste verzeichnet. Durch die Galauer Stimmen ist jetzt die Zahl erreicht, die zu einem weiteren sozialdemokratischen Mandat führt. Prof. Dr. Baentig, Oberpräsident in Magdeburg, tritt auf Grund dieses fortgerichteten Ergebnisses in den preussischen Landtag ein.

Demokratische Tagungen. Der demokratische Parteiausschuß ist für den 21. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin einberufen worden. Einen Tag vorher, am 20. Oktober, wird der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei eine Sitzung abhalten, und eine Woche vorher findet in Dresden eine auf mehrere Tage berechnete Ferientagung der demokratischen Reichstagsfraktion statt. In dieser Ferientagung werden die grundsätzlichen Fragen der demokratischen Politik und die politischen Aufgaben des kommenden Winters besprochen werden.

Eine Rede des Reichskanzlers in Genf

Die Abrüstungsdebatte

In der Völkerverversammlung sprachen am Freitagnachmittag der Reichskanzler Hermann Müller und der kanadische Premierminister Macenzie King über die Abrüstung. Dabei fand der Reichskanzler recht energische Töne. Ein Hinweis am Schluß seiner Rede auf die Rheinlandbesprechung wurde verstanden. Der Reichskanzler führte u. a. aus:

Die Welt sucht heute nach neuen Formen des internationalen Lebens, weil sie sieht, daß wir die Dinge nicht mehr allein mit den Methoden zu meistern vermögen, auf deren Anwendung die frühere Politik im wesentlichen beruhte. Die Aufgabe des Staatsmannes fordert, daß er, im enghen Kontakt mit dem Fühlen der Völker stehend, die Hindernisse beseitigt, die sich der lebendigen Entwicklung entgegenstellen. Ist es uns Ernst mit dem Verzicht auf eine gewalttätige Lösung von Gegensätzen zwischen den Staaten, so sind wir auch gezwungen, immer mehr darauf Bedacht zu nehmen, die Mittel für einen anderweitigen, friedlichen Ausgleich solcher Gegensätze zu finden. Ist es uns Ernst mit dem Verzicht auf den Krieg, so kann das auch auf unsere Auffassung über die militärischen Nachmittel, die für den Krieg bestimmt sind, nicht ohne entscheidenden Einfluß bleiben. Das Komitee für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit hat das ihm zugewiesene weite Gebiet sorgsam durchsucht und den Staaten mancherlei Wege gewiesen. So lebhaft sich die letztjährige Völkerverversammlung dieser einen Seite des Problems der Friedensicherung zuwandte, so kann doch nicht daselbst gesagt werden von der anderen Seite des Problems, die die Unterdrückung der Kriegsmittel betrifft.

Ich mache kein Geheim daraus, daß mich der Stand der Abrüstungsfrage mit erster Sorge erfüllt. Wir stehen vor der unlehnbaren Tatsache, daß die langen Beratungen bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Seit nahezu drei Jahren tagt immer wieder die vorbereitende Abrüstungskommission. Es ist aber dabei nicht gelungen, die der Kommission übergebenen Arbeiten ernsthaft in Angriff zu nehmen, geschweige denn zu erledigen. Ich halte es für ihre dringende Aufgabe, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die geeignet sind, derartige Hoffnungen zu verwirklichen. Es liegt auf der Hand, daß ein Land wie Deutschland, das völlig entwaflnet worden ist, den bisherigen Mißerfolg der Abrüstungsdebatte besonders stark empfindet.

Man vergegenwärtige sich doch einmal die Sachlage. Ein Volk hat durch seine völlige Entwaflnung eine Leistung ganz außerordentlicher Art vollbracht. Es sieht, daß es trotzdem aber aus dem geringfügigsten Anlaß von gewissen Stimmen des Auslandes mit den schwersten Verdächtigungen und Vorwürfen überschüttet wird und womöglich als Feind des Weltfriedens hingestellt wird. Und gleichzeitig muß es feststellen, daß andere Länder den Ausbau ihrer militärischen Nachmittel ungehemmt fortsetzen, ohne dabei einer Kritik zu begegnen. Die Entwaflnung Deutschlands darf nicht länger dastehen als der einseitige Akt der den Siegern des Weltkrieges in die Hände gegebenen Gewalt. Es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der Entwaflnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung nachfolgen sollte. Es muß endlich der Artikel der Satzung zur Durchführung gelangen, in dem dieses Versprechen zu einem Grundprinzip des Völkerverbundes gemacht worden ist. Ich verleihe nicht, wie man daran zweifeln kann, daß ein Verstoß gegen dieses Prinzip in der Abrüstungsfrage geradezu bedrohliche Folgen haben müßte. Der Völkerverbund darf einfach an dieser Aufgabe nicht scheitern. Es darf einfach nicht dazu kommen, daß die Hoffnung der Völker auf das Herannahen einer Zeit, wo nicht mehr Bajonette und Kanonen für ihr Schicksal entscheidend sind, enttäuscht wird. Deutschland hat niemals das Bestreben gehabt, unerfüllbare Maximalforderungen aufzustellen. Es hat sich von vornherein mit dem Gedanken der graduellen und etappenweisen Lösung einverstanden erklärt. In der ersten Etappe kann und muß erreicht werden, daß eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes eintritt, daß diese Herabsetzung sich auf alle Faktoren der Rüstung zu Lande, zur See und in der Luft bezieht, und daß die volle Publizität aller Rüstungselemente gewährleistet wird.

Ich richte demgemäß an die Bundesversammlung das dringende Ersuchen, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaflnungskonferenz schlüssig zu werden und Vorseorge dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht werden.

Wenn man die gesamte Tätigkeit des Völkerverbundes überblickt, und wenn man sich ernsthaft Rechnung darüber zu geben sucht, was wir von ihm erhoffen können, so wird man immer wieder auf ein und denselben Punkt zurückgeführt, das ist die Notwendigkeit des gegenseitigen Vertrauens. Wie kann der vielfach in der Öffentlichkeit laut werdenden Spleiß begenget werden, wenn die Regierungen selbst in der Handhabung ihrer Politik so verfahren, als ob alle jene Friedensgarantien nicht beständen. Der Mann aus dem Volke liebt, daß die Regierungen sich feierlich auf die Erhaltung des Friedens verpflichten, und er sieht andererseits, daß diese Regierungen gleichwohl an ihren alten Machtpositionen festhalten und neue zu gewinnen suchen. Er liebt, daß bei internationalen Verhandlungen in herben Worten das gegenseitige Vertrauen der Staaten zueinander proklamiert und die gegenseitige Verständigung der Völker als Ereignis gefeiert wird, und er sieht andererseits, daß in der Praxis die Dinge beim alten bleiben, daß es nicht einmal gelungen ist, die aus dem Weltkrieg herrührenden Schranken völlig zu beseitigen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn er schließlich dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik zu konstatieren. In der Tat, es ist unmöglich, in der Politik auf beiden Wegen zugleich zu wandeln. Die Regierungen müssen es über sich gewinnen, sich für einen der Wege zu entscheiden, und es kann nicht zweifelhaft sein, auf welchen die Wahl fallen muß, wenn die Menschheit und ihre Kultur glücklich fortzuschreiten sollen. Das ist keine leere Ideologie, es ist Realpolitik im besten Sinne des Wortes.

Die Rede des Reichskanzlers, der etwa eine halbe Stunde sprach, wurde von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit angehört. Wiederholt wurden seine Ausführungen von Beifall unterbrochen. Seine mit erhobener Stimme vorgetragene Ausführungen über die Notwendigkeit eines unzerstücklichen Abchlusses der Vorarbeiten für die Einberufung einer ersten internationalen Abrüstungskonferenz wurden vorwiegend bei den Vertretern der nordischen Länder mit spontanem Beifall aufgenommen. Lebhafter, anhaltender Beifall auf allen Bänken erhob sich am Schluß seiner Rede.

Nach dem Reichskanzler sprach der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King, der die Bedeutung des Kellogg-Paktes als Konzentrierung der Bewegung gegen den Krieg auf dem Boden der Völkerverständigung und als wirksamste Fundamente gegen eine Wiederholung des Krieges würdigte. Im übrigen unterstrich er mit Nachdruck die Vorteile der Schieds- und Vergleichsverträge.

Guerrero (Salvador) kam als Berichterstatter des unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff arbeitenden Sonderausschusses zur Aufstellung einer Konvention für die Kontrolle der Rüstungsindustrie, auf die in dieser Frage immer noch bestehenden fundamentalen Gegensätze zu sprechen. Er brachte einen Antrag ein, demzufolge die Bundesversammlung den Rat auffordern solle, seinen ganzen Einfluß zur Behebung dieser Schwierigkeiten einzusetzen, damit im Verlauf des nächsten Jahres die geplante Konferenz zusammenzutreten kann.

Eine angebliche Äußerung Briands

W.W. Paris, 8. Sept. (Tel.) Der Genfer Berichterstatter des „Deuvre“ will ein Urteil Briands über die gestrige Rede Müllers wiedergeben können. Briand habe sich dahin geäußert, daß die Rede des Reichskanzlers angesichts der Lage, in der er sich befinde, und angesichts seiner Parteizugehörigkeit nicht anders ausfallen konnte. Im übrigen schreibt das Blatt, man wundert sich, in der Rede Müllers nichts von der Annahme der internationalen Kontrolle zu finden, ohne die eine Einschränkung der Bewaffnung nicht denkbar sein werde.

Das Echo der Kanzlerrede

Wenn man davon abläßt, daß die deutschnationalen Blätter es bedauern, daß wieder eine Gelegenheit verpasst wurde, für die Lösung der Rheinlandfrage im deutschen Sinne zu werben und die unwürdige heutige Lage zu beklagen, kann man wohl von einer allgemeinen Zustimmung der Berliner Presse zu der Genfer Rede des Reichskanzlers Hermann Müller sprechen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Das war eine deutsche Rede, aber eben nur eine Rede. Viel wichtiger ist das deutsche Handeln.

Im „Vokalangeiger“ wird Ähnliches ausgeführt. Für die guten Ohren der Genfer Delegierten hat der deutsche Reichskanzler viel mehr gesagt, als man dort gewohnt ist. Er hat rücksichtslos das Scheitern der Abrüstung festgehalten. Das wird ihm nicht vergessen werden, auch nicht, wenn in Berlin die Folgerungen aus den jetzigen Genfer Verhandlungen und aus der gesamten Locarnopolitik gezogen werden müssen.

Die „Germania“ schreibt: Unzweideutigkeit, mit der der Kanzler Deutschlands Lebensforderungen formulierte, bestärkt unsere Hoffnung, daß er auch gegenüber den Besatzungsmächten fest bleibt und nicht etwa Zugeständnisse macht, die im Widerspruch mit den Wünschen des deutschen Volkes stehen. Ob freilich diese Offenheit und dieser Befennernmut in Genf ein geeignetes Ohr finden, muß der Widerhall in den kommenden Tagen zeigen.

Das „V.“ betont: Es war eine Rede, die man lebhaft um ihres Inhaltes willen aufmerksam anhörte, und deren Feststellungen, maßvoll in der Form, entschieden in der Sache, namentlich da, wo sie die Mißerfolge der Abrüstungsarbeiten und die Zweipartigkeit der Politik gewisser Regierungen kritisierte, sehr zum Nachdenken zwangen.

Der „Vorwärts“ urteilt: Es war eine der stärksten und kühnsten Reden, die bisher überhaupt in Genf vorgenommen wurden. Am stärksten aber war der Schlußteil von Müllers Rede, der eine ungewöhnliche Anspielung auf die fortwährende Besetzung deutschen Bodens bildete. Er gebrauchte dabei den in diesem Saal sehr gewagten Ausdruck von dem „doppelten Gesicht“ der internationalen Politik. Diese Dinge mußten einmal in Genf gesagt werden.

Von der französischen Presse schreibt der „Matin“, die Dinge seien nicht so einfach und so leicht, wie der Mann des Volkes sich gern einbilde. Es werde Zeit nötig sein, um die Massen in den anderen Ländern davon zu überzeugen, daß Deutschland wirklich entwaffnet sei, obwohl es ein Berufsheer besitze, eine ungeheure Industriemacht, Millionen von Menschen, die den Krieg mitgemacht hätten, eine in der physischen Kultur und Disziplin erzogene Jugend.

„Quotidien“ vertritt den Standpunkt, daß die Klagen, die Hermann Müller vorbrachte, in gewisser Beziehung berechtigt seien. Der Entwaffnung Deutschlands hätten die übrigen Völker in der Abrüstung folgen müssen, zu der die großen Nationen, wie es scheint, auch unter Einfluß der Vereinigten Staaten noch nicht geneigt seien.

„Ere Nouvelle“ sagt: Indem der Reichskanzler die Abrüstung fordert, bleibt er seiner Parteidoktrin treu, ohne seiner eigenen Meinung untreu zu werden. Es ist uns unmöglich, bei Müller ja und bei Deutschland nein zu sagen. Es ist uns aber nicht verboten, alles, was berechtigt ist, anzunehmen in den Forderungen, die der Reichskanzler sich berechtigt glaubt, im Namen Deutschlands vorzutragen.

„Gaulois“ lehnt die Rede Müllers, namentlich hinsichtlich der Abrüstungsfrage, ab, und schreibt: Müller drückt sich aus wie Litwinow. Das genügt, damit das Auditorium von Genf seinen Worten nicht mehr Bedeutung zumißt, als ihnen zukommt.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eingehende Auszüge aus der Rede. „Daily Chronicle“ überschreibt sein Genfer Telegramm: „Deutschland fordert die Welt auf, abzurufen“. Das Blatt bezeichnet die Kanzlerrede als wichtig. „Morning Post“ berichtet: Die Rede war überzeugend und gut vorgetragen. Die Bezugnahme des Reichskanzlers auf die „fortwährende Unwürdigkeit“ der Besetzung war kurz, aber nachdrücklich. „Times“ schreibt: Die Verhandlungen der Völkerverständigung wurden durch die Reden des deutschen Reichskanzlers und des kanadischen Ministerpräsidenten in eine interessante Sphäre erhoben. Der Kanzler hielt sich von rein akademischen Gefühlen fern. Er hat durch seine kraftvolle Darlegung der deutschen Haltung gegenüber der Abrüstung wahrscheinlich eine lebhaftere Erörterung im 3. Ausschuß der Versammlung, sobald dieser zusammentritt, eingeleitet.

Amerika und die alliierten Schulden

W.W. London, 8. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus New York: Das Wiedererleben der Kriegsschuldenerörterungen in Europa findet hier kein Echo, außer der Feststellung, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung die Schuldenregelungen fair sind. Jeder in Genf unternommene Versuch, die deutschen Reparationen zu ermäßigen, werde — Meldungen aus Washington zufolge — für zwecklos angesehen. Es werde positiv erklärt, daß keine Neigung auf Seiten der Regierung bestehe, die Schuldenregelungen neu zu erörtern.

Frankreich versucht immer wieder, die Rheinlandräumung mit der Reparationsregelung zu verbinden. Es will, daß die Reparationen seine Schulden an England und Amerika und seine Wiederaufbaukosten decken. Frankreich erklärt sich zum Schuldnachlaß an Deutschland im selben Maß bereit, in dem die Vereinigten Staaten ihren europäischen Kriegsgenossen Schuldnachlaß gewähren. Damit will man das deutsche Lebensinteresse an einer Minderung der Reparationslasten gewissermaßen dem Wagen der französisch-amerikanischen Auseinandersetzung vorantreiben. Aber Amerika, wenigstens die heutige Regierung, lehnt diesen Zusammenhang schroff ab, was zu unterstreichen wohl in der Hauptsache der Sinn der obigen Meldung ist. Den Druck leitet Frankreich wieder auf Deutschland zurück. Es will durch den Druck der Rheinlandbesetzung Deutschland in eine gemeinsame Front mit Frankreich gegen Amerika hineinpressen. Man hat in Washington schon deutlich genug zu verstehen gegeben, daß Amerika eine deutsche Vermittlung ablehnen würde. Der Erfolg einer solchen Politik wäre am Ende, daß Frankreich seinen Schuldnachlaß erhalte, das Rheinland besetzt, der Damesplan unverändert bliebe, dafür aber Deutschland als Zugabe die amerikanische Vermittlung zu tragen hätte.

Die Reichsbahntarife

Die kommende Personentarifänderung wird — wie gemeldet — nach den vorliegenden Entwürfen eine Verminderung der Wagenklassen, das Zweiklassenystem, bringen. Künftig werden die Züge grundsätzlich nur noch eine Postterklasse (2. Klasse) und eine Soloklasse (3. Klasse) führen. Nur in wichtigen, besonders in den dem internationalen Verkehr dienenden Zügen, in P.D.- und P.D.-Zügen und in den Schlafwagen soll noch die 1. Klasse beibehalten werden. Die Bezeichnung der Wagenklassen bleibt die gleiche, nur fällt die 4. Klasse fort.

Die künftigen Grundpreise sind folgende: 1. Klasse 11,2 Pf gegen bisher 10,8 Pf, 2. Klasse 5,6 Pf gegen bisher 7,5 Pf, 3. Klasse 3,7 Pf gegen bisher 5 Pf in 3. und 3,3 Pf in 4. Klasse.

Die Schnellzugzuschläge, die bisher für 3 Zonen bestanden, werden um 2 weitere Zonen vermehrt. Die neuen Schnellzugzuschläge (in Reichsmark) sind:

Zone	1. Klasse gegen bisher	2. u. 3. Kl.		gegen bisher	
		neu	2. Kl.	1. Kl.	2. Kl.
Zone 1 (1-75 Km.)	1.-	0,50	2.-	1.-	2.-
2 (76-150 „)	2.-	1.-	4.-	2.-	4.-
3 (151-225 „)	3.-	1,50	6.-	3.-	6.-
4 (226-300 „)	4.-	2.-	8.-	4.-	8.-
5 (über 300 „)	5.-	2,50	10.-	5.-	10.-

Die Preise für die neu eingeführten Eilzugzuschläge sind:

Kategorie	1. Klasse	2. Klasse	
		neu	alt
Zone 1 (1-75 Km.)	1.-	0,50	0,50
2 (76-150 „)	2.-	1.-	1.-
3 (151-225 „)	3.-	1,50	1,50
4 (226-300 „)	4.-	2.-	2.-
5 (über 300 „)	5.-	2,50	2,50

Die Zeitarten werden nicht teurer. Wie wir von der Deutschen Reichsbahngesellschaft erfahren, werden durch die am 1. Oktober eintretende Tarifserhöhung die Zeitarten nicht betroffen. Monats- und Teilmonatsarten, Schülermonatsarten, Arbeitererückfahrtsarten, Arbeiterwochenarten und Kurzarbeiterwochenarten werden also in keiner Weise verteuert. Da die auf Zeitarten unternommenen Fahrten 43,7 Proz. des Gesamtverkehrs der Reichsbahn ausmachen, so wird der eigentliche Berufsverkehr, der sich vor allem der im Tarif ermäßigten Zeitarten bedient, keine Verteuerung erfahren.

Der deutsche Katholikentag in Magdeburg

Die Verhandlungen des deutschen Katholikentages waren am Freitag den katholischen Frauen gewidmet. Frau Ministerialrat Helene Weber, Berlin, sprach über das Thema „Die katholische Frauenpersönlichkeit und die Not der Gegenwart“. Das jetzige Jahrhundert, sagte sie, sei ein Jahrhundert der Übersäuerung des Körperlichen. Der Katholik fürchte die Körperlichkeit nicht. Die Schönheit der Linie und der Kleidung sowie die Stählung des Körpers bejahen auch die Katholiken. Die katholische Frau lehne es aber ab, daß die Frau angezogen werde für den Mann. Das gleiche gelte auch für den Sport. Auch dieser werde überschätzt. Es gebe Kraftleistungen, die weit über das Maß dessen hinausgingen, was der Frauenkörper leisten könne. Als die schlimmste Auswirkung des modernen Zeitalters, besonders aber des Berufslebens der Frau erklärte die Rednerin die Abkehr von der Mutterschaft. Der Bischof von Paderborn, Dr. Klein, wies besonders auf die Tätigkeit des katholischen Frauenvereins hin.

Die in Magdeburg anwesenden Vertreter der Zentrumsfraktion des Reichstags hielten Freitagabend eine Sitzung ab, in der über die politische Lage gesprochen wurde. Wie verlautet, tritt am 7. Oktober in Berlin der Reichsparteivorstand des Zentrums zusammen, um zu prüfen, ob angesichts des Wiederbeginns der Reichstagsarbeiten am 12. November und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunal- und Kreisstimmwahlen der für Anfang November vorgesehene Parteitag auf einen späteren Termin verschoben werden soll oder nicht.

Aufnahme des Postüberweisungsverkehrs mit dem Saargebiet. Am 15. September wird der Postüberweisungsverkehr mit dem Saargebiet aufgenommen. Demgemäß können die Postsendungen der Postämter im Reichspostgebiet Beträge von ihrem Postkonto auf ein Postkonto bei dem Postamt in Saarbrücken und umgekehrt überweisen. Die Überweisungen nach dem Saargebiet, zu denen die in der deutschen Überweisungsformblätter zu verwendenden Formeln in Reichsmark und Reichspfennigen oder in französischen Franken und Centimen ausgestellt werden.

Große Unterschlagnungen in Berlin. Bei der „Gema“, Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte, wurden vor einigen Wochen Unterschlagnungen aufgedeckt, durch die namentlich der Präsident der Gesellschaft schwer belastet ist. Der bisher festgestellte Fehlbetrag beläuft sich auf über 350 000 Reichsmark. — Der Oberabteilungsleiter Martin von der Kommandantur Berlin, der Unterschlagnungen in Höhe von 460 000 Reichsmark begangen hat, hat sich gestern dem Untersuchungsrichter gestellt und ist in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden.

Die Tagung des Reichsstädtebundes in Heidelberg

Die Aussprache über die Referate

Nach Gruppenitzungen am Vormittag nahm die Tagung des Reichsstädtebundes in Heidelberg am Freitag mittag in der Stadthalle ihren Fortgang mit der Debatte über die Referate vom Donnerstag. Der Vorsitzende gab den Eingang eines Telegrammes des Reichspräsidenten von Hindenburg mit besten Grüßen und Wünschen für den Verlauf der Tagung bekannt. Zunächst wurde gemäß dem Vorschlag des Gesamtvorstandes beschlossen, die Tagung 1929 in Kiel abzuhalten. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Bellian, verlas dann die von den Kommissionen vorgelegte Entschließung gegen den Bau des Panzerkreuzers, die auf Ablehnung stieß, und fand die Zustimmung der Versammlung zu der Regelung dahin, daß weitere Entschließungen von den Rednern selbst zu verlesen seien und zwar im Rahmen der zugestandenen 30-Minutenredezeit. Daraus ergab sich später ein Konflikt insofern, als der kommunistische Sprecher, der Stadtverordnetenvorsteher Koenen (Merseburg), eine zu den Referaten vom Donnerstag stellungnehmende Resolution nach Ausnutzung der halbstündigen Redezeit dem Vorsitzenden übergab, der ihre Verlesung weigerte. Zuvor hatte Koenen das Referat des Ministers Dr. Kütz einer eingehenden, fast durchweg ablehnenden kritischen Würdigung unterzogen und gefordert, man müsse den Städten Gelegenheit geben, ihre Interessen vor den Parlamenten und damit vor der Öffentlichkeit zu vertreten, weil das Parlament die Interessenswahrung unterlasse.

Der Stadtverordnete Kessler (Neußalbenleben), als Sprecher der Wirtschaftspartei, bezeichnete das Zusammenwirken der Gemeinden und der Wirtschaft bei Festsetzung der Realsteuern als nötig. Widerspruch aus der Versammlung fand keine Forderung nach dem Recht des Einspruchs für die Wirtschaft in steuerlichen und anderen kommunalen Fragen. Die Gebäudeversicherungssteuer sei zu beseitigen.

Oberbürgermeister Kohl (Rennep) (Deutsche Volkspartei) ist im Gegensatz zu Dr. Kütz der Meinung, daß eine so wichtige Frage wie die Verfassungsreform nicht aus einer Massenbewegung erwächst, sondern Aufgabe von Persönlichkeiten sein werde. Offensbare Mängel sollten natürlich schon vorweg beseitigt werden. Die künftige Veranlassung der Umgestaltung der Verhältnisse und Behörden sei zu unterzeichnen. Oberbürgermeister Renner (Kassau) sei im Recht damit, daß den untersten Behörden alle Aufgaben zu belassen seien, die sie bisher schon geschäftlich oder auftragsgemäß erledigten. Hand in Hand damit müsse die Aufhebung der vielen Zuständigkeiten gehen. Den Gedanken der Großkreise, wie er bisher vertreten wurde, lehne die Volkspartei ab.

Bürgermeister Heiperg (Neustrelitz D.V.P.) betonte die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Steuerrechts, um die ungeheure Vielfältigkeit der Steuerarten zu beseitigen.

Als Sprecher der Deutschnationalen lehnte Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schwarz (Prenzlau) den Einheitsstaat ab, Schuld an der undurchsichtigen Steuergebung sei die Überpannung des parlamentarischen Systems.

Bürgermeister Hiffeler (Lehrte) ruft den regierenden Stellen warnend zu, bei den bevorstehenden Reformen nicht das Bestehende zu zerhacken, wenn man an dessen Stelle nichts Besseres setzen könne. In erster Linie brauche man das kommunale Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer und einen Abbau der Sondersteuern. Die ungeliebte Umsatzsteuerentlastung müsse wieder zurückgenommen werden. Nur beim Zurückgreifen auf die Umsatzsteuerreserve werde es möglich sein, den Städten die nötige Bewegungsfreiheit zu schaffen.

Für Zentrum und Bayerische Volkspartei bezeichnet Handelschuldirrektor Kessel (Düren) die künftigen Zeitläufe zur Verwaltungsreform als annehmbar. Als zweiter Redner des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei bedauerte Bürgermeister Dr. Kärtgen (Dorsten), daß für den Januar 1929 ersehnte und erhoffte Finanzausgleich nach den neuesten Erklärungen bis 1932 auf sich warten lassen werde und fordert angesichts dessen vor allem sofortige Inangriffnahme einer Verbesserung des gegenwärtigen Finanzausgleichs, Festlegung der Freigrenzen bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer, Rückgabe der Gemeindegründungssteuer und hierbei natürlich Rückzahlung auf die notleidenden Weinbaugelände, Aufrechterhaltung der Luftverkehrssteuer sowie der Kinosteuer.

Für die fraktionslose Gruppe sprach Bürgermeister Havemann (Wülfrath), der den vom Gesamtvorstand und dem Hauptauschuß vorgelegten Entschlüssen zustimmte. Er bezeichnet die Vereinfachung der Verwaltung als dringend notwendig und fordert beschleunigte Regelung des Finanzausgleichs.

Erster Bürgermeister Dr. Flette (Köln) präziserte die Stellungnahme der Gruppe der außerparlamentarischen Mitglieder, die angesichts der Verschiedenartigkeit der Auffassung Bayerns, Thüringens usw. natürlich eine Abreinstimmung in der Frage der Verfassungsreform nicht erzielen würden.

Für die Demokraten begrüßte Landtagsabgeordneter Hauff mit Genugtuung, daß der Reichsstädtebund das Problem der Verwaltungs- und Verfassungsreform zum Gegenstand umfassender Behandlung gemacht habe. Bei aller Würdigung der deutschen Stammeseigentümlichkeiten sei eine klare und entschlossene Entwicklung mit dem Ziel des Einheitsstaates unbedingt nötig.

Stadtkämmerer Egillat (Rathenow) (S.P.D.) meint, ein endgültiger Finanzausgleich im gegenwärtigen Augenblick der Auswirkung des Damesplanes würde gar nicht im Interesse der Kommunen liegen. Die Steuerhöhe des Reiches müsse in der jetzigen Form unbedingt aufrecht erhalten werden.

Als letzter Diskussionsredner betonte Bürgermeister Geis (Hinterwalde) (S.P.D.), das Umgemeindungsproblem sei auch ein Problem für die Schaffung nach lebensfähigeren Gemeinden. Er hätte hier noch ein stärkeres Verlangen zum Einheitsstaat gewünscht. Die Verwaltungsreform müsse unabhängig von der Verfassungsreform erfolgen.

Unter großer Anwesenheit der Versammlung verlas dann der Stadtverordnete Raulh (Wiesdorf) zwei kommunistische Entschlüssen zur Verwaltungsreform und zur Steuerfrage. Bei der Abstimmung entschied sich die Versammlung mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten für die Annahme einer vom Gesamtvorstand und Hauptauschuß vorgeschlagenen Entschließung die fordert:

1. Erhaltung und Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung, auch unter Ablehnung eines Selbstbestimmungsrechts der Landkreise über Abgrenzung der Zuständigkeiten (Kompetenz-Kompetenz der Landkreise); 2. gleiche Rechtsstellung für die örtlichen Selbstverwaltungen aller Städte; 3. Wahrung, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auf finanziellem Gebiet. Dann gelangte eine Entschließung zum Reichsbesteuerungs-gesetz zur Annahme, die auf die den kleinen und mittleren Städten drohende Gefahr für die Ordnung ihres Haushalts verweist, wenn die Durchführungsbestimmungen für das Reichsbesteuerungs-gesetz vom August 1925 nicht bald erlassen würden, wonach die von der Gewerbesteuer befreiten Reichsbetriebe (besonders Bahn- und Post-) zu Verwaltungszufüssen an die Gemeinden verpflichtet sind.

Die beiden kommunistischen Resolutionen wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Damit schloß die arbeitsreiche Tagung.

Das Breslauer Reichsbanner

Otto Hörsing wendet sich im „Reichsbanner“ gegen das Breslauer Reichsbanner, das beschlossen hat, an dem Empfang des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der nächsten nach Breslau kommt, sich nicht zu beteiligen.

Hörsing erklärt, daß dieser positive politische Arbeit im Reichsbanner, wo man „auf positive politische Arbeit eingestellt“ sei und „radikale“ Phrasologie als im letzten fruchtbar ablehnt, Kopfschütteln hervorgerufen habe. Die Nichtbeteiligung an einem Empfang des Reichspräsidenten sei überdies unvereinbar mit früheren ausdrücklichen Beschlüssen des Bundesvorstandes. Das Breslauer Reichsbanner handle disziplinwidrig. Hörsing läßt auch nicht gelten, daß der vorhergegangene Beschluß fernzubleiben, für das Reichsbanner irgend eine Bedeutung gehabt habe. In welche peinliche Lage, sagt Hörsing, kommen die hohen republikanischen Beamten, die den Reichspräsidenten begleiten oder empfangen werden, und welches falsche Bild wird dem Reichspräsidenten selbst sich darbieten, wenn er in der ganz überwiegend republikanischen Stadt Breslau ausschließlich von schwarzweißen Organisationen begrüßt wird! Hörsing erinnert an Kritik und Empörung auf republikanischer Seite gegenüber den Parteien der Rechten, die dem Vorgänger Hindenburgs die seinem Amte zukommende Achtung vorenthalten. Er fügt hinzu: „Reichspräsident v. Hindenburg hat seinen Eid bis zur Stunde gehalten, er hat in der loyalsten Weise die Verfassung beachtet, genau wie sein untergeordneter Vorgänger Friedrich Ebert... Die Loyalität und das eheliche Bestreben des Reichspräsidenten, sein Amt unparteiisch und loyal zu verwahren, wird von allen republikanischen Parteien und dem Reichsbanner anerkannt.“

Der ehemalige demokratische Landtagsabgeordnete Herrmann, der seit Gründung des Reichsbanners an der Spitze des schlesischen Gauces steht, ist bereits zurückgetreten, ebenso der stellb. Gaußführer, der sozialdemokratische Stadtrat Frey. Die Angelegenheit wird voraussichtlich auch noch die für den 30. September und die folgenden Tage nach Hannover einberufene Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners beschäftigen.

Die Indiskretionen beim Fall Stinnes

Die Tatsache, daß durch die Sekretärin des Untersuchungsrichters Einzelheiten aus den Vernehmungen Hugo Stinnes an außenstehende Personen gelangt sind, beschäftigt alle in Frage kommenden Instanzen. Die Sekretärin ist keine Beamtin, die durch Dienstfeld zur Geheimhaltung aller der Dinge verpflichtet ist, die ihr durch ihre Tätigkeit im Amt zur Kenntnis kommen. Die Justizverwaltung beschäftigt seit Jahren angestellte Hilfskräfte, zumeist Stenotypistinnen, die bei den Vernehmungen entweder das Diktat von Angehörigen und Zeugen direkt mit der Schreibmaschine aufnehmen, oder die bei großen, stundenlangen Verhören, bei denen es mitunter auf ein Wort ankommt, die Aussagen stenographisch aufnehmen. Die Verpflichtung durch Handschlag ist der Vereidigung nicht gleichzusetzen, und letzten Endes bedeutet in einem Fall, wie dem vorliegenden, die Verletzung der Schweigepflicht für die Angestellte kein übergroßes Risiko. Außer dem Verlust ihrer Stellung hat sie eine nennenswerte Strafe überhaupt nicht zu erwarten. Man hat nun anstelle der Sekretärin zunächst einen Obersekretär berufen, der durch Eid zur völligen Verschwiegenheit verpflichtet ist.

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt gegen die Angestellte, der die Ausübung ihres Dienstes sofort untersagt wurde, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Laut „Berl. Volksanz.“ wurde der Sekretärin für ihre Indiskretionen von einer der daran interessierten Personen 5000 M. geboten, die sie aber nicht erhalten hat. Es besteht der Verdacht, daß die Indiskretionen aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters an einen Personkreis gelangt sind, der sich um den Bankier Horn in Amsterdam und den Malter Eugen Girsch gruppiert.

Die Untersuchung gegen die Sekretärin des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Dr. Grün hat zu einem bestimmten Ergebnis noch nicht geführt. Der Verdacht, daß sich die Sekretärin interlokt benommen hat, indem sie Mitteilungen von Vorgängen während der richterlichen Vernehmungen machte, ist noch nicht geschwunden, aber andererseits hat sich auch bisher noch nichts weiteres Belastendes feststellen lassen.

Betrügereien bei dem Saarbrücker Versorgungsamt. Wie die Saarbrücker „Volksstimme“ meldet, ist man bei dem Saarbrücker Versorgungsamt einem großen Betrag auf die Spur gekommen. Der Geschäftsführer der Firma Müller & Co., Fabrik für orthopädische Artikel, die eine der besten Lieferanten für das Versorgungsamt war, hat Jahre hindurch im Einvernehmen mit einem Beamten des Versorgungsamtes falsche Rechnungen und falsche Bescheinigungen ausgestellt und quittiert. Es soll sich um Hunderttausende von Franken handeln. Die beiden Schuldigen, der Geschäftsführer Müller und der Beamte des Versorgungsamtes, ein Kriegsbeschädigter mit Namen Weder, sind verhaftet worden. Sie haben die Tat im großen und ganzen eingestanden.

Wilhelms II. südafrikanischer Besatz. „Erchange Telegraph“ meldet aus Kapstadt, daß der höchste Gerichtshof des südafrikanischen Mandatsgebietes in Windhof eine Entscheidung gefällt hat, wonach die südafrikanische Regierung nicht berechtigt ist, Grundbesitz zu veräußern, auf das der ehemalige deutsche Kaiser Ansprüche geltend macht. Der Grundbesitzer ist angewiesen worden, die Familie Hohenzollern wiederum als verfügungsberechtigter Eigentümer in das Grundbuch Südafrikas einzutragen.

Das Urteil im Prozeß Jamboni. In dem Prozeß gegen die Mitglieder der Familie Jamboni, die der Teilnahme an dem am 31. Oktober 1926 gegen Mussolini in Bologna verübten Mordanschlag beschuldigt werden, ist in Rom das Urteil gesprochen worden. Rammolo Jamboni und Virginia Tebaroni wurden zu Freiheitsstrafen von je 30 Jahren verurteilt. Lodovico Jamboni wurde wegen unzureichender Beweise freigesprochen.

Weitritt der Sowjetunion zum Kellogg-Pakt. Der russische Volkskommissar Litwinoff übergab dem französischen Botschafter Herbette den von ihm unterzeichneten Akt über den Beitritt der Sowjetunion zum Kellogg-Pakt.

Südafrikanische Gesandtschaften in Europa und Amerika. „Daily Express“ berichtet aus Genf, die südafrikanische Regierung habe beschlossen, Gesandtschaften in Berlin, Washington, Paris und Rom zu errichten, die vorläufig mit Geschäftsträgern besetzt werden.

Verschiedenes

Das Dengue-Fieber in Griechenland

Dank der Maßnahmen der Regierung und des Sinkens der Temperatur ist — wie aus Athen gemeldet wird — die Dengue-Epidemie seit einigen Tagen im Abnehmen begriffen. Die Nachricht, daß an einem Tag 350 000 Personen krank gewesen seien, ist unrichtig. Wichtig ist lediglich, daß seit Beginn der Epidemie ungefähr 350 000 Personen von ihr ergriffen wurden.

Badischer Teil

15 Jahre neuer Badischer Bahnhof in Basel

Die „Freig. Blg.“ erinnert daran, daß am 11. September 1918 der neue Badische Bahnhof in Basel mit einer schlichten Feier eingeweiht wurde, und daß die große Anlage dann in der Nacht zum 13. auf den 14. September in Betrieb genommen worden sei. Der alte Badische Bahnhof in Basel hat kaum zwölf Jahre gestanden. Er konnte bald den großen Verkehr nicht mehr bewältigen, so daß ständig Erweiterungsarbeiten vorgenommen werden mußten. Schon Anfang der 90er Jahre trug man sich mit dem Gedanken der Erstellung eines neuen Bahnhofs. Die Verhandlungen mit der Schweizer Regierung waren aber sehr langwierig. Anfang des Jahres 1906 konnte der neue Güterbahnhof zum Teil dem Betrieb übergeben werden, 1909 wurde der Personenbahnhof in Angriff genommen. Auf einem Flächenraum von 285 Hektar, davon 98 auf schweizerischem und 187 auf badischem Gebiet, umfaßt der jetzige badische Bahnhof drei Teile, den Personen-, den Güter- und Verschubbahnhof. Die Gesamtkosten für das große Werk beliefen sich auf 53 Millionen M.

Die Staustufe Heidelberg

Aber die Dauer der Arbeiten an der Staustufe Heidelberg des Neckarkanals bringt die Kanalvereinszeitschrift „Südwestdeutschland“ folgendes:

Die im Sommer 1927 begonnenen Arbeiten sind bis heute soweit gediehen, daß die Schifffahrt nunmehr durch die neue Doppelschleuse, die vor kurzem vollendet wurde, geleitet werden kann. Der Abschluß der bisherigen Schifffahrtslinie an der Baustelle wird auch die Fertigstellung der Tiefbauarbeiten des Wehres noch in diesem Jahre ermöglichen. Die Montage der Wehrverschlüsse soll im Frühjahr 1929 erfolgen. Es kann also damit gerechnet werden, daß, einigermaßen günstige Wasserverhältnisse im Neß des Jahres 1928 vorausgesetzt, der Volkswagen der Staustufe im Sommer 1929 hergestellt und dann auch diese Stufe für die Großschifffahrt befahrbar sein wird.

Erheblicher über lokale Bedeutung hinausgehender Großschifffahrtsverkehr wird sich in den bis dahin fertiggestellten Staustufen indessen zunächst nicht entwickeln. Dazu fehlen die natürlichen Voraussetzungen. Der untere Neckar wird immer nur Transportweg für Güter sein, die zum oberen, vor allem württembergischen Neckar gehen oder von dort kommen. Großschifffahrt wird deshalb auf dem unteren Neckar erst betrieben werden, wenn der Anschluß des kanalisierten Neckars von unten her an das Industriegebiet am oberen Neckar hergestellt sein wird. Wenn auch die kanalisierten Strecken heute schon von Nutzen sind durch Erhöhung der Fahrtsicherheit für die bisherige Neckarschifffahrt und durch die Gewinnung von Wasserkraft, so wird doch der Ausbau wenigstens bis Heilbronn möglichst beschleunigt werden müssen, um die am unteren Neckar geleistete Arbeit bald für den Verkehr zur vollen Auswertung zu bringen.

Aus dem Mandervergebiet

Dr. Adelsheim, 8. Sept. Der badische Staatspräsident Dr. Remmele nahm an den Schießübungen der diesjährigen Herbstmanöver im Bauland teil und war in Adelsheim abgefahren. Auf Donnerstagabend waren die Spiken der staatl. und städt. Behörden zusammen mit den Offizieren der hier einquartierten Truppen zu einer Zusammenkunft mit dem Staatspräsidenten in die „Linde“ eingeladen. Am Freitagvormittag sind die Manöver zu Ende gegangen.

Aus der Landeshauptstadt

Vom Karlsruher Verkehrsverein. In der dieser Tage abgehaltenen Hauptversammlung des Karlsruher Verkehrsvereins, die sich u. a. mit der Vorbereitung der diesjährigen Herbsttage befaßte, brachte Verkehrsleiter Lacher auch verschiedene Wünsche zu den Verkehrsfragen vor. An die Reichsbahndirektion sei eine Eingabe zwecks Verbesserungen im Eisenbahnverkehr im nächstjährigen Jahresfahrplan abgegangen. Die neuen Fahrpreiserhöhungen der Reichsbahn seien zu bedauern, vor allem sei der Wegfall der beschleunigten Personenzüge empfindlich. Wichtig sei die Fortsetzung der Rheintalbahn von Bittenheim über Hochstetten nach Rühlheim bzw. Gernersheim für die Gemüseversorgung von Karlsruhe bzw. für einen direkten Anschluß an die Pfalz. Wie der Verkehr im Verlaufe seiner Darlegungen mitteilte, werden in absehbarer Zeit die Kleingärten an der Post- und Ehlingerstraße Neubauten weichen müssen. Die Eingaben des Vereins an das Finanzministerium wegen Erhaltung der immer mehr verfallenden Moferrerie Frauenalb hätten bis jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Entweder müsse ein Entschleunigungsverfahren eingeleitet oder die Besizerin, die sich weigere, die Ruine instand zu setzen oder zu verkaufen, von Staats wegen zur Renovierung veranlaßt werden.

Großerer Dachstuhlbrand. Heute morgen 8.22 Uhr wurde die Feuerwehrröhre nach Kaiserallee 137 gerufen, wo ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Die Vorkarbeiten gestalteten sich wegen der Rauchentwicklung sehr schwierig. Der Vorkangriff konnte im Inneren nur mit Gasmasken mit zwei Leitungen vorgetragen werden. Aber die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Der Dachstuhl des Vordergebäudes ist zerstört, ebenfalls die dort lagernden Gegenstände. Der Wasserschaden ist trotz der Ausdehnung und Festigkeit des Feuers gering, so daß die Wohnungen im Dachstod wahrscheinlich nicht geräumt zu werden brauchen.

Badisches Landestheater. In dem historischen Schauspiel „Der Londoner verlorene Sohn“ von William Shakespeare, das in der Bearbeitung und szenischen Ergänzung von Ernst Kamnitzer am heutigen Samstag als Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit zur Erstaufführung kommt, spielt Gerhard Lust, der neue Vertreter des Fachs der jugendlichen Liebhaber, die Titelrolle. Außer ihm tritt Karl Borchfeldt als Thomas Wifam zum erstenmal in unserm Ensemble auf. Von den übrigen in Hauptrollen Mitwirkenden seien die Damen Bertram, Miller, Diegel und die Herren Brand, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Müller, Krüter und von der Trennung genannt. Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Der Tanz wurde vom neuen Tanzmeister Harald Josef Fürstenau einstudiert. Die Bühnenbilder schuf Torsten Secht, die Kostüme entwarf Margarete Schellenberg.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unsere Witterung steht noch immer unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes. Kleinere Teiltiefs, die heute morgen als Mandstörungen der großen Islandzirkone über England und Nordwestfrankreich erkennbar sind, werden uns voraussichtlich nur vorübergehende Bewölkung bringen. Im allgemeinen wird daher das heitere, trockene Wetter auch morgen noch erhalten bleiben. Wetterausichten für Sonntag: vorwiegend heiter, trocken und warm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 6. Sept. In der Zeit vom 8. bis 16. September befindet sich im Rosengarten eine vom Reichverband Deutscher Erfinder E. B. Mannheim veranstaltete Deutsche Erfindungen- und Neuheitenmesse für Industrie, Gewerbe und Handel. Die diesjährige 9. Ausstellung wird als besonderes Spezialgebiet das der Ernährung zeigen.

Dr. Heidelberg, 7. Sept. Die Baltia-Werke, die in geschäftlichen Beziehungen zu der Sparkasse in St. Ingbert standen und in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, haben mit ihren Gläubigern einen Vergleichsvorschlag abgeschlossen, der unbedingt sichergestellt ist. Damit ist die Aufrechterhaltung des Betriebes gesichert.

Hd. Neckarsteinach, 8. Sept. Der von den Franzosen längere Zeit in Landau in Haft gehaltene und auf Einbruch der Regierung freigelassene Polizeikommissar Bauer aus Zweibrücken hält sich hier im Gasthaus zum Schwanen mit seiner Familie zu einer sechswoöchentlichen Erholung auf. Nach Ablauf der Erholungszeit wird er wieder ins besetzte Gebiet zurückkehren.

Dr. Eberbach, 7. Sept. Die Seilerwarenfabrik Otto Siebek entläßt mit dem Ablauf der diesjährigen Bindgarntaison etwa 50, meist auswärtige, jüngere Arbeitskräfte. Die Durchführung von zwei Arbeitsschichten ist jedoch noch bis Dezember gesichert.

Dr. Neckarsteinach, 7. Sept. Die seit Jahren im Bau befindliche Bahnstrecke Neckarsteinach-Schnau ist in ihren Arbeiten soweit vorgeschritten, daß man mit einer Eröffnung dieser Strecke bis zum 20. Oktober rechnen kann.

Dr. Bruchsal, 7. Sept. Infolge der Niederschläge der letzten Tage und die warme Witterung stehen die Reben sehr gut. Die Peronospora sieht man sehr wenig. Es darf etwa mit zwei Drittel Herbst gerechnet werden.

Hd. Forstheim, 6. Sept. Zum Direktor des Forstheimer Neuhilfshausmanns wurde anstelle des verstorbenen Herrn Oskar Armbruster Richard Gennestahl bestellt, seither Direktor des Gymnasiums in Lörach. Er ist in Hüffenhardt, Amt Mosbach, geboren.

Hd. Haslach i. N., 7. Sept. In nächster Zeit soll eine von schwäbischen Ehefreunden gestiftete Gedekntafel an dem früheren Wohnhause Hansjohanns angebracht werden. Hansjohann war Ehrenbürger der Stadt Haslach.

Hd. Kehl a. Rh., 5. Sept. Hier verstarb gestern im 82. Lebensjahre der Schreiner Karl Daubenberg. Vierzig Jahre arbeitete er bei „Eridjellstoff“ bis in seine alten Tage. Der freiwilligen Feuerwehr Kehl gehörte er 52 Jahre als Mitglied an. Er war Inhaber des goldenen Ehrenreutes des Badischen Feuerwehrverbandes.

Dr. Freiburg i. Br., 7. Sept. In Überlingen a. B. ist der lange Zeit in Freiburg tätig gewesene sehr bekannte Arzt Dr. Heinrich Gaffert verstorben. Er hat sich auch als feinführender Richter einen Namen gemacht, besonders durch seinen „Fährlich von Freiburg“. Einen Band Studentenlieder widmete er seinen Bundesbrüdern von der Germania und dem Kartellverband.

Dr. Emmendingen, 7. Sept. Während des Krieges und auch lange nach Beendigung desselben wurde die Stadt Emmendingen durch die Gemeinde Kilsberg bei Zürich mit Liebesgaben versorgt. Der Gemeinderat von Kilsberg unternimmt nun in diesen Tagen eine Autofahrt in den südl. Schwarzwald und wird am kommenden Sonntag auch der Patenstadt Emmendingen einen Besuch abstatten.

Dr. vom Schwarzwald, 6. Sept. Im Bezirk Neffrich brauchte man neulich 20 Telegraphenstangen. Sie wurden beim Telegraphenbauamt in Konstanz angefordert, trafen prompt ein, aber nicht etwa vom Schwarzwald, sondern aus Kuftrin in Brandenburg. Die Fracht allein betrug 408 M. Der „Schwarzwälder“, dem wir diese Notiz entnehmen, fügt hinzu: Als ob der Schwarzwald abgetragen wäre.

Dr. Gernersheim, 7. Sept. Am Mittwoch stieß der Lastkahn eines zu Tal fahrenden Bootes auf boherischer Seite gegen die Schiffbrücke, wodurch diese so schwer beschädigt wurde, daß der Verkehr über die Brücke vollständig geherrt werden mußte. Der Personenverkehr wird durch ein Motorboot des Straßen- und Flußbauamts aufrechterhalten, während der Fuhrwerks- und Autoverkehr über die städtische Fähre geleitet werden muß.

Geschäftliches

In den Räumen des früheren Kabarett Excellior in der Kaiserstraße in Karlsruhe hat ein exklavantes Konfektionshaus für Herren- und Damenbekleidung seine Verkaufsräume eingerichtet. Die Firma Hüls & Co., G. m. b. H., welche einem Konzern angeschlossen ist, der in allen größeren Städten Süddeutschlands Konfektionshäuser besitzt, hat, ohne große bauliche Veränderungen vorzunehmen, es verstanden, aus dem Gegebenen ein absolut neuzeitliches Konfektionshaus in kurzer Zeit zu schaffen. Zwei breite Schaufenster von großer Ausfertigungstiefe zeigen geschmackvolle Dekorationen mit vornehmer Herren- und Damenbekleidung in reicher Auswahl. Ein künstlerisch ausgeführtes transparentes Firmenschild bildet den Abschluß über den Schaufenstern. Die Verkaufsräume für Damen- und Herrenkonfektion sind selbstverständlich getrennt; sie sind mit ihren Ankleideablagen, Spiegelanordnungen und Beleuchtungen ein Muster an Zweckmäßigkeit. Die Firma Hüls & Co., G. m. b. H. wird bestimmt guten Anhang in Karlsruhe finden, zumal sie durch Großverkauf ihres Konzerns größte Leistungsfähigkeit in Qualität und Preis bieten kann.



Badisches Landestheater

Sonntag, 9. September
*B. 1. Th.-Gem. 101-200
Neueinstudiert

Armida

Oper von Gluck
Anfang 19 1/2, Ende n. 21 1/2
Preise D (1-8 M)

Di. 11. Sept., Schinderhannes.
Mi. 12. Sept., Die hl. Ente.
Do. 13. Sept., Kallisto, A. Mai.
Fr. 14. Sept., Der Londoner verlorene Sohn.
Sa. 15. Sept., neueinstudiert: Und das Licht scheint in der Finsternis.
So. 16. Sept., neueinstudiert: Hoffmanns Erzählungen.
Di. 18. Sept., Der Londoner verlorene Sohn.

Colosseum

Täglich abends 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr
die

Berliner Neubach-

REVUE

Ohne Kleid —

tut mir leid!

30 Bilder

Prachtausstattung.

866



Wir machen es Ihnen leicht

Wir geben Ihnen

Kredit

$\frac{1}{6}$ Anzahlung
6 Monate Ziel

Gekaufte Waren
werden sofort
ausgehändigt

Unsere neuzeitlich umgebauten Verkaufsräume werden heute eröffnet u. bieten Ihnen die Gewähr einer sorgfältigen und gewissenhaften Bedienung

Große, durch reichhaltige Auswahl gekennzeichnete Abteilungen:

Herren-Konfektion
Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Berufs-Kleidung

Herren-Artikel
Damen-Hüte
Damen-Strümpfe
und Strickwaren

erwarten Sie! — Besuchen Sie uns und besichtigen Sie das Gebotene ohne jeden Kaufzwang

HÜLS & Co. G.m. b. H. **KARLSRUHE**
Kaiserstraße 26 (Excelsior)



Kleingarten- Ausstellung!

Zur Landestagung der Badischen u. Pfälzischen Kleingarten- u. Gartenbauvereine veranstaltet der Ortsverband Karlsruher Kleingartenbauvereine e. B. bis 9. Sept. eine Ausstellung v. Kleingartenprodukten u. der Wert. — Rosen u. Blumenschau. Außerdem wird die

Wanderausstellung des Reichsverbandes

»Plan- und Bildschau«

gezeigt werden. — Hiermit wird das gesamte Publikum von Karlsruhe und Umgebung höflich eingeladen. Um die Ausstellung rasch zu räumen, werden sämtliche Blumenwagen (soweit vorhanden mit Blumen) am Sonntag, dem letzten Tage der Ausstellung von 19 Uhr an zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Die Ausstellungsleitung.

Bezirksverein für Jugendschutz und Gefangenenerziehung Karlsruhe.

Mitgliederversammlung:

Freitag, den 14. September 1928, vorm. 11 Uhr, Landgericht, Zimmer 212. Tagesordnung: Statutenänderung, Vorstandswahl.

Der Vorsitzende.

Verwaltungsassistent.

Bei der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald ist die außerplanmäßige Stelle eines Verwaltungsassistenten sofort zu besetzen. Geeignete Bewerber (Verforgungsanwärter), die in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, sowie im Grundbuchwesen bewandert sind und auf Diktat flüssig stenographieren können, wollen ihre Gesuche innerhalb 8 Tagen hier einreichen und angeben, wann der Eintritt erfolgen kann. Einreichung in Gruppe 7 a der Landesbesoldungsordnung. Neustadt i. Schwarzw., 3. September 1928. 877 Der Gemeinderat.

Öffentliche Vergebung.

Für den Neubau eines Finanzamtsgebäudes in Singen a. S. sind die Steinbauarbeiten (Kunststeine), Zimmer, Schmiede-, Dachdeckerarbeiten (Ziegel) und Blecharbeiten,

sowie die Blutschuhanlage in je einem Los zu vergeben.

Zeichnungen, Bedingungen und Angebotsordnungen sind an Werktagen von 7 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags bis zum Mitt-

woch, den 12. September 1928, solange der Vorrat reicht, beim Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstraße 9, Erdgeschoss, erhältlich, bzw. einzusehen. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis spätestens Freitag, den 14. September 1928, vorm. 10 Uhr, an das Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstraße 9, einzureichen, wofür auch die Eröffnung statifindet. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Konstanz, den 4. September 1928. Bezirksbauamt.

Lahr, N. 606. Güterrechtsregister Lahr III S. 59. Karl Schmitt, Notar, Lahr, und dessen Ehefrau Hedwig geb. Hanf, durch Ehevertrag vom 30. Juli 1928 haben die Eheleute die Ertragsmehrschuldengemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Ehefrau ist das im Ehevertrag beschriebene Vermögen.

Lahr, den 28. Aug. 1928. Amtsgericht.

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

älteste Kreditgenossenschaft am Platze



Annahme von Spareinlagen

bei zur Zeit $7\frac{1}{2}\%$ iger Verzinsung

Kostenlose Ausgabe von Haussparkassen

Geschäftshaus: Kreuzstraße 1. 869

Gemeindesparkasse Dielheim

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen:	Rh	Verbindlichkeiten:	Rh
1. Kassenbestand	6 575,43	1. Spareinlagen:	
2. Effekten	1 175,—	a) Aufwertung	113 749,61
3. Geschäftsanteile bei Girozentrale	6 583,95	b) Neueinlagen	136 365,87
4. Guthabensposten	191,17	2. Giroeinlagen	26 335,42
5. Darlehen auf Hypotheken:		3. Anleihen	4 568,70
a) Aufwertung	70 727,59	4. Geschl. Rücklage:	
b) Neueinlagen	135 225,—	a) am 1. Januar 1927	12 555,88
6. Darlehen auf Schuldscheine:		b) Reingewinn per 1927	4 709,74
a) an Gemeinden: Aufwertung	550,—		
b) an Private: Aufwertung	3 644,—		
Neueinlagen	99 643,65		
7. Einnahmerückstände	2 791,59		
8. Aufwertungskonto	20 467,84		
9. Forderungen	700,—		
	348 275,22		348 275,22

Berechnung der Rücklage

Die gefehl. Rücklage hat zu betragen: 692
8% aus 212 701,29 Rh = 17 016,08 Rh
Sie beträgt auf 31. Dez. 1927 = 17 265,62 Rh
Somit mehr = 249,54 Rh

Dielheim, den 31. August 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Knopf, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Otto Frey.

Freihänd. Radelnholzverkauf
Bad. Forstamt Neustadt i. Schwarzw.: Montag, 17. September 1928, vorm. 11 Uhr: etwa 1700 im vorwiegend St. Lössverzeichnis usw. durch Forstamt. N. 708.

Erweiterung der Wasser-
versorgung von Schiltach.
Die Stadt Schiltach ver-
gibt im Wege des öffent-
lichen Wettbewerbes die
Ausführung von etwa
3800 Meter Rohrgraben,
sowie Sprengung von
etwa 600 Kubikmeter Fel-
sen, ferner die Lieferung
und Verlegung von 3800
Meter Guß- oder Rauen-
männerröhren einschließ-
lich der erforderlichen
Formstücke, Schiebern und
Hydranten. N. 705.

Pläne und Bedingungen
liegen auf dem Kultur-
bauamt Offenburg auf.
Dasselbst sowie auf dem
Rathaus in Schiltach kön-
nen Angebotsformulare
abgeholt werden.

Die Angebote sind ver-
schlossen und mit der Auf-
schrift Wasser- u. Gas-
Schiltach bis spätestens
Freitag, den 21. Septem-
ber 1928, vormittags 10.30
Uhr, auf dem Bürgermei-
steramt Schiltach einzurei-
chen, wofür die Öffent-
lichmachung stattfindet.
Offenburg, 6. Sept. 1928.
Bad. Kulturbauamt.